



Newsletter vom 4. 12. 2022

Inhalt

Neue Offenheit in Bildungsdiskussionen deckt Schwächen der Schulreformen auf	2
2.12.2022, Hanspeter Amstutz	2
Bildung und Demokratiefähigkeit	4
Journal 21, 27. November 2022, von Carl Bossard	4
Ausbildung, so ziemlich am Lehrerberuf vorbei	6
Nebelspalter, 21.11.2022, Daniel Wahl	6
Bildungsversprechen belasten die Volksschule	9
NZZ, 1.12.2022, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Hanspeter Amstutz	9
«Immer mehr Eltern betrachten die Schule als niedere Serviceleistung des Staates»	10
NZZ, 22.11.2022, Schweiz	10
Mit Leib und Seele Pädagoge	13
Das Üben kommt in der Schule oft zu kurz	13
Der Bund, 17.11.2022, Bern, Naomi Jones	13
Der Grosse Rat wünscht sich wieder «Kleinklassen»	15
Der Bund, 29.11.2022	15
Die Lehrerin, die kein Frühfranzösisch will	16
Tages-Anzeiger, 24.11.2022, Debatte, Kopf des Tages, Jean-Martin Büttner	16
«Der Unterricht ist völlig absurd»	17
Tages-Anzeiger, 29.11.2022, Debatte, Leserbrief	17
«Mehr Lohn für Kindergärtnerinnen»	18
NZZ, 25.11.2022, Meinung & Debatte, Leserbrief	18



Neue Offenheit in Bildungsdiskussionen deckt Schwächen der Schulreformen auf

2.12.2022, Hanspeter Amstutz

Während Jahren war es die Öffentlichkeit gewöhnt, dass eine Reform nach der andern mit dem Gütesiegel pädagogischer Wissenschaftlichkeit durchgewinkt wurde. Der neue Lehrplan sorgte für die schweizweite Harmonisierung der Bildungsziele und galt als Meilenstein einer fortschrittlichen Bildungspolitik. Geprägt von der Welle der Globalisierung stiess auch die Idee der frühen sprachlichen Förderung aller Kinder auf breite Zustimmung. Didaktiker versprachen den Eltern, Primarschulkinder würden mit den Methoden des Sprachbads und des spielerischen Lernens viel leichter den Zugang zu anderen Sprachen finden. Auf diese Weise wachse eine kommunikative Generation heran, die bestens Französisch parlieren und sich mit ihren Englischkenntnissen weltweit zurechtfinden werde. Alles tönnte überzeugend, und nur wenige wagten es Einwände zu machen.

Im sozialen Bereich stand die Idee der Chancengleichheit im Zentrum aller Schuldiskussionen. Kein Kind werde künftig ausgegrenzt und in einer Kleinklasse von den übrigen Mitschülern getrennt. Kinder mit Teilleistungsschwächen oder einer leichteren geistigen Behinderung, aber auch Verhaltensauffällige sollten in Regelklassen gemeinsam unterrichtet werden. Zur Unterstützung der Lehrpersonen versprach man, Heilpädagoginnen im täglichen Unterricht einzusetzen und weiteres Fachpersonal zur Verfügung zu stellen. Für die in Misskredit geratenen Kleinklassen wurde der Geldhahn zuge dreht, während unzählige Fördermittel in die spezielle Betreuung integrierter Schüler flossen.

Ein sehr gewagtes Experiment mit individualisierten Lernzielen

Weit schwieriger zu verstehen war das komplizierte Konzept des individuellen Lernens, wie es mit dem neuen Lehrplan verankert wurde. Nach den Vorstellungen der Lehrplanverantwortlichen sollte jedes Kind aus Gründen der Chancengleichheit in allen Fächern umfassend gefördert werden. Diese Herkulesaufgabe glaubte man durch individualisiertes Lernen in unterschiedlichen Lerntempi und einem klar vorgezeichneten Weg über messbare Kompetenzziele am besten bewältigen zu können. Konkret hiess das, dass einzelne Schüler einer vierten Klasse bereits am Fünftklass-Mathestoff arbeiteten, während andere erst auf der Stufe eines Drittklässlers angelangt waren. Entsprechend sollten die Lehrpersonen als Coaches die Lernprozesse begleiten und intelligente Lernsoftware würde anstelle des gemeinsamen Unterrichts treten. Heikle Fragen wie beispielsweise die komplizierte Notengebung wurden ausgeklammert und an Bildungskommissionen zur Ausarbeitung einer praktikablen Lösung delegiert.

Ungenügende Lesefähigkeit ist keine gute Basis für kritisches Denken

Nach zwanzig Jahren der Reformhektik ist die Aufbruchstimmung unterdessen einer Ernüchterung gewichen. Der grosse Sprung nach vorn ist offensichtlich ausgeblieben. Immer mehr Eltern reiben sich die Augen und fragen sich, warum ihr Kind nicht so wie versprochen gefördert werden kann. Es erstaunt deshalb nicht, dass Stellungnahmen beherzter Schulfachleute zu brennenden Schulfragen zurzeit viel Aufmerksamkeit geniessen. Zu diesen Fachleuten mit hoher Akzeptanz zählt Carl Bossard, dessen fundierte Kritik an der jüngeren Schulentwicklung weite Kreise erreicht. Seine grösste Sorge gilt der Lesefähigkeit, wo unsere Schulabgänger bei den letzten Überprüfungen auf einem bedenklichen Niveau abgeschnitten haben. Ein Fünftel der Neuntklässler ist nicht imstande, einfachste Texte zu verstehen und ein Grossteil aller Jugendlichen tut sich schwer mit dem konzentrierten Lesen längerer Beiträge. Entsprechend ungenügend entwickelt ist eine kritische Distanz zum Gelesenen und die Fähigkeit, aus verschiedenen Ansichten eine eigene Meinung zu bilden.

Für eine Demokratie wie die Schweiz, wo das Volk die Politik mitgestaltet, ist fehlende Urteilskraft ganzer Bevölkerungsgruppen ein Grund zu Besorgnis. Politiker sind unterdessen alarmiert, aber sie sind kaum bereit, den Hebel am richtigen Ort anzusetzen. Kritisches Denken erwirbt man nicht in erster Linie durch zusätzlichen Staatskunde- und Medienunterricht, wie dies im politischen Mainstream gefordert wird. Vielmehr braucht es eine vertiefte Auseinandersetzung mit anspruchsvollen



Texten, eine gute Schulung des Ohrs beim Zuhören spannender Geschichten und intensives Training des sprachlichen Ausdrucks durch das Verfassen eigener Texte. Diese Arbeit kann jedoch nur durch das Abwerfen von stofflichem Ballast und durch eine Konzentration aufs Wesentliche bewältigt werden.

Starke Nebenwirkungen mancher Reformen wurden unterschätzt

Carl Bossard stellt in seinem Interview in der NZZ die als wissenschaftlich deklarierten Reformen auf den Prüfstand und macht den Bildungsexperten den berechtigten Vorwurf, sich zu wenig um die Kernprozesse des Lernens gekümmert zu haben. Er bezeichnet es als verhängnisvoll, dass bei der Einführung neuer Konzepte deren Nebenwirkungen meist vernachlässigt wurden. Man kann nicht eine Fülle von Bildungszielen als verbindlich für alle Schüler erklären und gleichzeitig annehmen, solide Grundkenntnisse könnten in einem beschleunigten Verfahren vermittelt werden. So ist die Dreisprachigkeit der Primarschule ein Tanz auf drei Hochzeiten, welcher nicht nur für schwächere Schüler eine grosse Belastung bedeutet. Es fehlt die Zeit für das wichtige Üben in allen drei Sprachen, bringt viel Hektik in den Schulbetrieb und verstärkt die Heterogenität in den Klassen. In aufrüttelnden Beiträgen wird diese Ansicht durch eine Baselbieter Landrätin und drei Leserbriefschreiber bestätigt, welche die Abschaffung des Frühfranzösisch fordern.

Bei Carl Bossard ist seine Leidenschaft für eine gründliche Bildung in jeder seiner Antworten zu spüren. Seine Botschaft kommt an, weil er mit seiner wissenschaftlichen Redlichkeit eine neue Offenheit in die Schuldiskussion bringt. Er verweigert sich Reformen nicht, wenn sie einen pädagogischen Mehrwert bringen, aber er lehnt starre pädagogische Dogmen ab.

Wir erwarten konkrete Antworten der Politik auf die drängendsten Fragen

Die Zeit ist günstig, um Bilanz bei den Schulreformen zu ziehen. Im Kanton Zürich ist das Amt der Bildungsdirektorin stark umkämpft von Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Lagern. Wer sich profilieren will, muss benennen, was schiefgelaufen ist und was man besser machen kann. Bei politischen Bewerbungen besteht jedoch immer die Gefahr, dass anstelle von klaren Positionen Allgemeinplätze formuliert werden. In der Bildungsdirektion braucht es eine mutige Persönlichkeit, die den Schuldampfer auf einen neuen Kurs bringen kann und die Augen vor der Schulrealität nicht länger verschliesst.

Ein hoffnungsvolles Zeichen, dass Bewegung in die von Dogmen erstarrte Bildungspolitik kommt, hat der Berner Grosse Rat gesetzt. Mit einer Motion hat er die Regierung beauftragt, die Wiedereinführung von Kleinklassen vorzubereiten. Ein solcher Schritt ist auch im Kanton Zürich längst überfällig und sollte jetzt im Wahlkampf von pragmatisch denkenden Politikern energisch gefordert werden. Aber auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, können mit einem Leserbrief direkt in die Bildungsdiskussionen eingreifen.

Ein grossartiger Vortragsabend mit einem engagierten Publikum

Es liegt an uns, Bildungsthemen aufzugreifen und die Politik mit den aktuellen Fragen des Schulalltags zu konfrontieren. Dazu gehören Veranstaltungen wie unser gelungener Vortragsabend mit Carl Bossard und Yasmine Bourgeois. Die Vorträge der beiden, die sich hervorragend ergänzten, elektrisierten das zahlreich erschienene Publikum. In der lebhaften Fragerunde ging es in den Voten der Zuhörer vor allem um die Lehrerbildung, deren Praxisferne teils heftig kritisiert wurde. Daniel Wahl vom Nebelspalter hat in seinem zusammenfassenden Bericht das angesprochene Thema in den Vordergrund gerückt und eine Reihe konkreter Forderungen aufgenommen.

Soweit unser Überblick zum bildungspolitischen Geschehen der letzten beiden Wochen.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Adventszeit und melden uns nach einer kurzen Pause im neuen Jahr wieder.

Redaktion Starke Volksschule Zürich

Hanspeter Amstutz



Bildung und Demokratiefähigkeit

Journal 21, 27. November 2022, von Carl Bossard

Demokratie braucht gebildete Bürgerinnen und Bürger. Das war der Schlachtruf der Helvetik. Sie revolutionierte das Bildungswesen. Gefragt war Lesekompetenz. Heute nimmt sie bei den Jugendlichen wieder ab. Eine Gefahr für unsere Demokratie?

Eine Studie der Universität Zürich gibt zu denken: Fast 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung konsultieren keine Nachrichten über Politik. Das ist für unsere direkte Demokratie ein Alarmsignal. Nachrichten oder «News», wie sie heute heissen, lesen junge Erwachsene im Alter zwischen 19 und 24 Jahren nur noch während rund sieben Minuten – dies via Smartphone und im Tages-Durchschnitt gemessen. Wer Social-Media-Kanäle wie Instagram oder TikTok benutzt, greife kaum auf journalistische Texte und publizistische Inhalte zurück. Das sei problematisch, heisst es im «Jahrbuch Qualität der Medien».¹

Mehr Staatskundeunterricht gefordert

Die Nachrichten-Abstinenz nimmt spürbar zu. Die Studie spricht von Deprivation oder von Mangelversorgung. Das hat Folgen. «News-Deprivierte», wie die Forscher es nennen, also uninformierte Staatsbürgerinnen und -bürger, beteiligen sich deutlich weniger an Abstimmungen und Wahlen.² Es ist die brisante Frage politischer Teilhabe. Dass sie im Berner Bundeshaus Besorgnis auslöst, überrascht nicht. Gesellschaftliche Debatten und politische Prozesse brauchen informierte Bürgerinnen und interessierte Bürger.

Die Politik reagiert. Und sie reagiert in gewohnter Manier. Man fordert von der Schule «mehr und verstärkten Staatskundeunterricht».³ Erneut sollen es Lehrerinnen und Lehrer richten. Wie wenn die Bildungspolitik die Schulen während der letzten Jahre inhaltlich nicht entgrenzt und sie ins fachliche Vielerlei gedrängt hätte. Jedes gesellschaftlich relevante Problem wurde flugs zu einem curricularen Inhalt umformuliert und in den Unterricht getragen – vom Frühfranzösisch bis zur Integration. Es ist immer die Addition, die helfen soll: diesmal mehr Medienkunde und mehr Staatskunde! Ein Problem geht dabei vergessen: die schwindende Lesekompetenz vieler junger Leute. Sie ist ein verdrängtes Faktum.

Schweizer Schüler: schwach im Lesen

Die Lesefreude nimmt bei den Jugendlichen ab – ebenso wie die Leseleistung generell. Seit Jahren sinkt sie. Beim letzten PISA-Test, publiziert im Dezember 2019, lag die Schweiz beim Lesen auf Platz 27. Sie dümpelt damit unter dem Durchschnitt und klar hinter Nachbar Deutschland! Die Gruppe derer, die einfache Verknüpfungen zwischen verschiedenen Textteilen nicht herstellen können, wuchs auf 24 Prozent. Jeder vierte Schulabsolvent in der Schweiz kann nach neun Schuljahren nicht richtig und verständlich lesen, diagnostiziert die PISA-Studie. Er ist nicht imstande, einem einfachen Text alltagsrelevante Informationen zu entnehmen. Konkret: Er vermag das Geschriebene zwar zu entziffern, versteht aber das Gelesene im Gesamtkontext nicht. Und dies im Land mit den höchsten Kosten pro Schüler!⁴ Das ist besorgniserregend.

Wir wissen es seit Jahren: Mindestens 15 bis 20 Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule nach neun Jahren als funktionale Analphabeten oder Illiteraten. Die Bildungspolitik schweigt. Das Systemversagen im teuersten Bildungssystem der Welt scheint sie nicht zu stören. Dabei gehört

¹ *Jahrbuch Qualität der Medien (2022). Zunahme der News-Deprivation mit negativen Folgen für den demokratischen Prozess. Hrsg. vom Fög. Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich, S. 1.*

² *Ebda, S. 4.*

³ *Vgl. Rafael von Matt: Interesse an Informations-Journalismus schwindet. Echo der Zeit vom 24.10.2022.*

⁴ *SKBF (2018). Bildungsbericht Schweiz 2018. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, S. 73.*



Lesen zu den Kernkompetenzen eines jeden. Sie bleibt der Schlüssel fürs Lernen und die Teilhabe an der Welt – und unserer Demokratie.

Wenn Verstehen zur Schwerstarbeit wird

Das Kernproblem der mangelnden Lesekompetenz nicht weniger junger Menschen liegt beim Verstehen. Konzentrierte Lektüre wird seltener, das «Deep Reading» nimmt ab. Usanz ist heute das Lesen von WhatsApp-Nachrichten und von flüchtig gescannten Kurztexten. Das gehört zum Leben junger Leute. Der Lesemodus liegt im Überfliegen von Texten und im Gebrauch von Tablets oder Smartphones. Dabei können Alerts die Lektüre jederzeit unterbrechen. Dazu kommt, dass diese elektronischen Geräte – anders als gedruckte Bücher – kaum materielle Orientierung im Text ermöglichen. Dies schmälert das kognitive Weiterkommen und führt zu Verstehens- wie auch zu Akzeptanzproblemen.

Nicht alltägliche Texte lesen und den Sinn verstehen wird so für manche Schülerinnen und Schüler zur Schwerstarbeit und die Aufgabe einer differenzierten Versprachlichung zur subjektiven Zumutung. So öffnen sich neue Sprachbarrieren. Umso mehr müsste die Schule hier Gegensteuer geben und die jungen Menschen aus ihren Eigenwelten herausholen und ihnen als Brückenbauerin andere (Lese-)Welten einsichtig machen. Dies nicht zuletzt im Interesse von Kindern, die aus sozial eher schwächeren Familien kommen und es schwerer haben. Hier liegt eine der ganz wichtigen Aufgaben der Schule. Auch in demokratiepolitischer Hinsicht.

Sich vor Desinformation schützen

Nicht «mehr und Zusätzliches» wäre gefordert, sondern Kontrastives, eine Art Gegenhalten im Verhältnis der Schülerinnen und Schüler zu formaler Sprache und Diskursivität. Das bedeutet für Lehrpersonen einen erheblichen Zuwachs an Anstrengung, bleibt aber als Aufgabe und didaktische Pflicht.

Unwidersprochen bleibt auch die Tatsache: «Nur wer in konzentrierter Lektüre verschiedene Lesarten eines Textes erkennen und miteinander abgleichen kann, wer Widersprüche in ihm erkennt oder Widersprüche zum eigenen Wissen und den eigenen Überzeugungen, der schützt sich selbst wirkungsvoll vor den vielfachen Versuchen alltäglicher Desinformation.»⁵ Das aber setzt Lesefähigkeit voraus.

Vom Wert des Lesens

Wir wissen um den Zusammenhang zwischen Bildung, Wirtschaftsleistung und Wohlfahrt. Der amerikanische Bildungsökonom Eric Hanushek und sein deutscher Kollege Ludger Wössmann weisen seit Jahren darauf hin.⁶ Diesen Bezug gibt es auch zwischen Bildungsniveau und Demokratiefähigkeit. Das wusste auch die helvetische Regierung von 1798.

Nur ein gebildetes Volk kann demokratisch mitbestimmen. Davon waren die politischen Pioniere um 1800 überzeugt; dafür kämpften sie: Jedes Kind sollte lesen und schreiben können. Der helvetische Bildungsminister Philipp Albert Stapfer (1766–1840) gab dem Auf- und Ausbau der Schulen darum höchste Priorität. Die Helvetik (1798–1803) kannte den Wert des Lesens und einer gut ausgebildeten Lesefähigkeit – dass dieser Wert auch heute noch intensiv gepflegt werden muss, geht im digitalen Zeitalter leicht vergessen.

⁵ Fridtjof Küchemann: *Eine Frage gesellschaftlicher Teilhabe*, in: FAZ, 24.10.2022, S. 1.

⁶ Vgl. u.a. Ludger Wössmann: *Wirksame Bildungsinvestitionen. Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2009.

Ausbildung, so ziemlich am Lehrerberuf vorbei

Nebelspalter, 21.11.2022, Daniel Wahl

Ursachen von Lehrermangel



Timotheus Bruderer, Präsident Starke Volksschule Zürich, und Schulleiterin Yasmine Bourgeois lancieren neu die Diskussion zum Thema Lehrermangel - Ursachen und Lösungsansätze. Bild: D. Wahl

Die Primarschule Schötz im Kanton Luzern hat in Zeiten des Lehrermangels auf kreative Weise ein Stelleninserat formuliert: Sie drehte ein Filmchen, in dem die Kinder ihre künftige Lehrerin beschreiben: «Sie muss liäb sy, sie muss nätt sy, sie muss mir chönne hälkä, muss guet zeichne, singä und uns Mathe lerne chönnä. Sie muss chönnä, säge, dass mir ruhig sind».

Primarschüler von Schötz (LU) definieren den Lehrerberuf

Der Videoclip lief diesmal aber nicht auf einem Stelleninserate-Portal, sondern vor Lehrern und Schulleitern im Kanton Zürich, die sich Gedanken über die Ursache des Lehrermangels machten und darüber diskutieren wollten.

Was wichtig ist:

- Die Kaskade von Bildungsreformen in den vergangenen Jahren bringt die Volksschule und die Lehrer an die Belastungsgrenzen.
- In der Folge kehren viele Lehrer der Schule den Rücken oder flüchten in Teilpensen. Der Lösungsansatz heisst vereinfacht: Zurück zu den Wurzeln, Besinnung auf den Kernauftrag der Schule. •

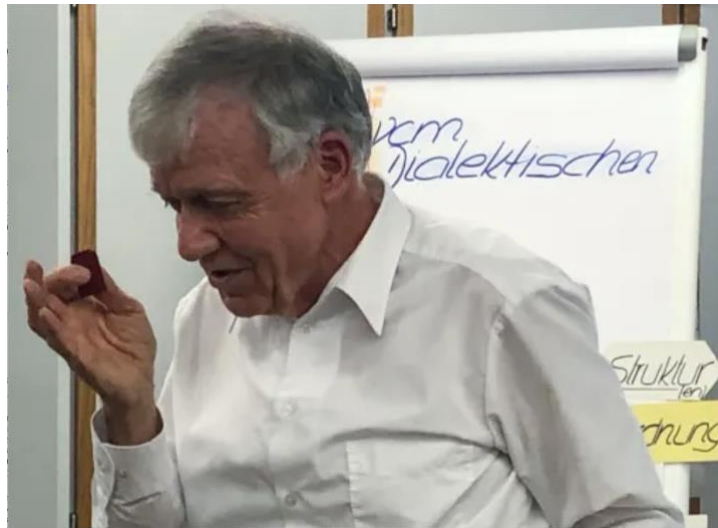
Das Fazit: Die Kinder beschreiben einen völlig anderen Lehrer, als er an den Pädagogischen Hochschulen (PH) herangezüchtet wird. «Die Stimmen unserer Kunden gehen leider vergessen. Wir sollten wieder einmal auf die Kinder hören, sie sagen es uns doch deutlich», erklärte der Pädagoge Carl Bossard, der das Filmchen mitgebracht hatte. Bossard zählt als Gründungsrektor der PH Zug und heutiger Bildungsberater zu den fundiertesten Kritikern des Bildungssystems im Land.

Eigentlich hätte der Diskussionsanlass des Vereins «Starke Volksschule Zürich» unmittelbar vor dem Wochenende das Diskussionsfeld zum Thema Lehrermangel – Ursachen und Lösungsansätze – sehr weit stecken wollen. Doch die Stimmen der Kinder der Primarschule Schötz gingen den anwesenden Pädagogen derart unter die Haut, dass man fast nur noch über den Zustand der PHs zu



sprechen in der Lage war. Das Filmchen offenbarte offensichtlich, dass die «verkopfte Ausbildung», wie es hiess, an der PH ziemlich an den Bedürfnissen des Lehrerberufs vorbeizieht und Ursache für den Lehrerverleider ist.

Carl Bossard analysierte die Aussagen im Videoclip: Da sind Kinder, die in erster Linie von Menschen mit einer pädagogischen Haltung unterrichtet werden möchten – von einem Lehrer, der Kinder wirklich gern hat. Sie wünschen Vorbilder im Singen, im Zeichnen; sie wünschen sich eigentlich Fachkompetenz. Das wird aber an den PHs heutzutage nicht mehr vertieft vorausgesetzt (siehe Interview mit Lehrer Jürg Wiedemann: «[Das Aufgabenfeld der Pädagogischen Hochschulen soll zusammengestrichen werden](#)»).



Carl Bossard, Gründungsdirektor der Pädagogischen Hochschule Zug

Da sind Kinder, die sich nach Hilfe und Unterstützung sehnen und nicht selbstorientiertes Lernen oder Büro-Lernlandschaften auf dem Radar haben. Es sind Kinder, die Ruhe im Unterricht wünschen; während die Bildungsreformen der PH auf integrative und heterogen zusammengesetzte Klassen zielten und so ein Klima der Hektik schafften. «Das sind ganz konkrete Erwartungen, die die Kinder äussern», sagt Bossard. Das Filmchen zoomte in den Kernauftrag der Schule, was aber in der akademischen Welt der PHs nicht mehr vermittelt werde: die Kinder in die Welt führen und ihnen die Denkweisen eröffnen, so Bossard.

Kein Entweder-oder an den Schulen

«Man kann nie beides gleichzeitig haben – heterogene Klassen führen und eine effiziente Schule sein. Oder Freiheit ausleben und Ordnung zugleich einfordern», erklärt der Pädagoge weiter. Den Schulen werde heute nicht mehr vorgegeben, was sie inhaltlich zu unterrichten haben. Heute werde detailliert dekretiert und genau geregelt, was die Schülerinnen und Schüler am Ende können müssen – und teilweise auch verordnet, wie das zu erreichen sei.

Das Lernen sei dialektischer Prozess, zwei Zugrichtungen, die ausgewogen vorhanden sein müssten. Allerdings – und das war der Grund, weshalb Bossard der PH in Zug den Rücken gekehrt hat – hätten sich die Pädagogischen Hochschulen in den letzten Jahren «völlig einseitig» entwickelt. Sie hätten

- die Heterogenität maximiert und die Effizienz minimiert
- eine flippige Vielfalt propagiert statt üben und automatisieren
- mehr Technik und digitale Hilfsmittel eingesetzt auf Kosten des eigenständigen Denkens
- eine Dominanz von neuen Lernformen eingeführt, «wo man doch weiss, dass sie die Bildungsgerechtigkeit nicht fördern, weil schwache Schüler überfordert sind
- eine Regelungsdichte und eine Flut von bürokratischen Vorschriften erlassen, was auf Kosten der Freiheit geht.



Die Akademisierung des Lehrerberufs ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass kaum ein Lehrer mehr das volle Pensum wahrnehmen kann. Es braucht ein Zertifikat fürs Schwimmen, eines fürs Singen, eine Zusatzausbildung für Französisch, eine fürs Englisch. Keine Schulabgängerinnen, keine Schulabgänger sind indessen an einer Primarschule voll als Klassenlehrer einsatzfähig. «Das vertreibt die Lehrer aus dem Verantwortungsposten «Klassenlehrer». Die Lehrer reduzieren ihre Pensen, sie fliehen aus den Schulzimmern oder sie flüchten in die Teilzeitarbeit», sagt Carl Bossard. Bossard.

«Die Lehrer reduzieren ihre Pensen, sie fliehen aus den Schulzimmern oder sie flüchten in die Teilzeitarbeit.»

Carl Bossard, berät Schulen und leitet Weiterbildungskurse

Es ist ein Fakt mit Folgen. Von den Zürcher Lehrern arbeiten 80 Prozent in einem Teilzeitpensum; im Durchschnitt beträgt ihr Arbeitsumfang 69 Prozent eines regulären Pensums.

Mit einigen Münsterchen aus dem Alltag belegte die Zürcher Bildungspolitikerin und frischgebackene Schulleiterin Yasmine Bourgeois (FDP) Bossards Aussagen. Beispielsweise habe sich eine Lehrerin entschuldigt, zu lange Frontalunterricht gemacht und die Kinder zu spät in die Gruppenarbeit geschickt zu haben. Sie habe nicht unterrichtet, wie sie es mustergültig an der PH gelernt habe. In der Gruppenarbeit, so ihre Angst, drohte ihr die unruhige Klasse zu entgleiten. Für Bourgeois ist das ein Beleg dafür, wie stark den neuen Lehrern ein schlechtes Gewissen eingeredet wird, wenn sie an die traditionelle Lernform «Frontalunterricht» halten würden.

Keine Verantwortung mehr

Auch beim Thema Lehrermangel steuert Bourgeois ein Münsterchen fehlgeleiteter Anreize bei. Angehende Lehrerinnen und Lehrer würden, noch bevor sie eine Klasse gesehen und übernommen haben, nach Assistenzen für den Unterricht rufen. Das werde ihnen an den PHs so eingetrichtert, sagt Bourgeois und fährt weiter: «Heute wird es als selbstverständlich angesehen, wenn mindestens zwei Personen im Klassenzimmer stehen. Dabei verlieren die Kinder eine eindeutige Bezugsperson.» Heute seien fünf bis sieben Personen für eine Klasse verantwortlich, aber niemand trage mehr die Verantwortung.

«Heute sind fünf bis sieben Personen für eine Klasse verantwortlich, aber niemand trägt mehr die Verantwortung.»

Yasmine Bourgeois, Schulleiterin und Bildungspolitikerin FDP ZH

Das sind die Lösungsansätze, die am Diskussionsabend in Zürich zur Sprache kamen. Sie zielen in eine Richtung: Vereinfachung und zurück zu den Wurzeln.

- Rückkehr zu Kleinklassen/Förderklassen
 - Ausbildung an den PH zum Generalisten und nicht Fachspezialisten
 - Anreize für höhere Pensen
 - Den Lehrplan 21 weiter abspecken
 - Die frühe Einschulung überdenken
 - Fremdsprachige Kinder sollen lange genug Aufnahmeklassen für Deutsch besuchen
 - Reduzieren von Sitzungen
 - Weniger Bürokratie
-



Bildungsversprechen belasten die Volksschule

NZZ, 1.12.2022, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Hanspeter Amstutz

Schulreformen sollen an ihrer Praxistauglichkeit und an ihrem pädagogischen Mehrwert gemessen werden. Doch Dauerbaustellen beeinträchtigen heute den Schulbetrieb.

Nach den teilweise unbefriedigenden Pisa-Resultaten vor zwanzig Jahren riefen viele Bildungspolitiker dazu auf, die Volksschule gründlich umzubauen. In den neu installierten Forschungsabteilungen der pädagogischen Hochschulen wurden in der Folge Reformideen entwickelt, die grossartige Erfolge versprachen. Die Vorstellung, dass eine modernisierte Schule viel mehr als bisher erreichen könnte, befeuerte die Schuldiskussionen im ganzen Land. Der mit viel Elan geschaffene neue Lehrplan 21, der weit über die beschlossenen Harmonisierungsziele hinausging, liess vom grossen Sprung nach vorn träumen. Doch dieser hat sich bei nüchterner Betrachtung bis heute nicht eingestellt. Deshalb ist es durchaus angebracht, eine Bilanz bei den grossen Bildungsversprechen zu ziehen.

Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass der neue Lehrplan seine Funktion als Orientierungshilfe für Lehrpersonen nicht erfüllt. Das 370-seitige Werk ist mit detaillierten Kompetenzziele überladen und erschwert die Vertiefung wesentlicher Bildungsinhalte.

Es ist den Lehrplanverantwortlichen nicht gelungen, sich auf Kernanliegen der Bildung zu einigen und den Lehrpersonen genug Freiheit für ihre Unterrichtsprogramme zu gewähren. Längst haben Lehrer, die sich nicht als brav Ausführende sehen, den praxisfernen Bildungskompass auf die Seite gelegt. Sie sprechen offen davon, dass die Überfülle an Bildungswünschen die Zeit fürs Üben stark beschränke und den Unterrichtserfolg gefährde.

Gemäss neuem Lehrplan gilt es, individualisierte Lernprozesse stark auszubauen. Kinder sollen in ihrem eigenen Lerntempo vorankommen und individuell angepasste Lernziele erhalten. Damit hätte mehr Chancengerechtigkeit erreicht werden sollen. Mit massgeschneiderten Lernprogrammen hoffte man, mehr aus den Kindern «herauszuholen» und viele von ihnen dem Gymnasium zuführen zu können. Doch der weitgehende Verzicht auf kollektives Lernen machte die Schule nicht erfolgreicher. Aufwand und Ertrag stimmten einfach nicht überein. Direkte Instruktion im gemeinsamen Unterricht – jahrelang böse verunglimpft als Frontalunterricht – erweist sich beim Vermitteln von Basisstoff als viel effizienter als aufwendige Gruppenarbeiten und selbstorganisiertes Lernen.

Mit den Frühfremdsprachen haben viele Schüler ihre liebe Mühe und verlieren die Freude am Sprachenlernen. Ein Grossteil der Primarschüler ist durch das umstrittene «Sprachbad» in den Fremdsprachen stark verunsichert worden. Verschiedene Lehrmittelreihen mit abenteuerlicher Sprachdidaktik mussten in mehreren Kantonen durch Bücher mit klar strukturierten Lernkonzepten ersetzt werden.

Das überfordernde Dreisprachenkonzept der Primarschule weist vor allem im Französisch eine ernüchternde Leistungsbilanz auf. Und im Deutsch sind bei einem Fünftel der Schüler die Grundkenntnisse so rudimentär, dass die Defizite später nicht mehr korrigiert werden können.

Wohl die grösste Belastung für Regelklassen sind Schüler, die den Unterricht massiv stören. Bei der vorschnellen Abschaffung der Kleinklassen haben die Bildungsexperten den Betreuungsaufwand für verhaltensauffällige Schüler völlig unterschätzt.

Es genügt bei weitem nicht, einen schwierigen Schüler während dreier Stunden pro Woche durch eine Heilpädagogin zu betreuen und die restliche Zeit der Klassenlehrerin zu überlassen. Die Auswirkungen des neuen Integrationsmodells sind in manchen Fällen verheerend. Einzelne Schüler schaffen es, ganze Klassen durcheinanderzubringen. Doch manche Experten wollen nicht einsehen, dass der Scherbenhaufen auch mit zusätzlichem Personalaufwand nicht mehr zu kitten ist.

Lernbegleiterinnen, welche Lernlandschaften mit viel Aufwand bereitstellen und den Schülern beim Lernen zur Seite stehen, verkörpern heute an manchen Schulen das neue Lehrerbild. Dieses steht in diametralem Gegensatz zur Vorstellung, Lehrerinnen würden durch begeisterte Stoffvermittlung und sichtbare Führung den Unterricht in ihrer Klasse prägen.



Der in der Lehrerbildung empfohlene Rollenwechsel zur Lernbegleiterin ist höchst umstritten. Vor allem Männer scheinen sich mit der Vorstellung, ein Lehrer sei primär ein einfühlsamer Lernbegleiter, schwerzutun. Die Zahlen bei den männlichen Stellenbewerbern für die Primarschule sprechen eine deutliche Sprache. Das Wegbrechen fast einer ganzen Generation junger Primarlehrer hat den Lehrermangel erheblich verschärft.

Die alarmierenden Berichte aus den Schulen dürfen nicht länger ungehört verhallen. Die Dauerbaustellen, welche den Schulbetrieb stark beeinträchtigen, müssen beseitigt werden. Reformen sollen an ihrer Praxistauglichkeit und an ihrem pädagogischen Mehrwert gemessen werden. Darauf warten unzählige Lehrerinnen und Lehrer mit nachvollziehbarer Ungeduld.

Hanspeter Amstutz ist ehemaliger Bildungsrat und Sekundarlehrer.

«Immer mehr Eltern betrachten die Schule als niedere Serviceleistung des Staates»

NZZ, 22.11.2022, Schweiz

Carl Bossard hat Lehrerinnen und Lehrer sowie Generationen von Mittelschülern ausgebildet. Im Gespräch mit Erich Aschwanden und Daniel Gerny fordert er, dass einige Reformen der vergangenen Jahre teilweise rückgängig gemacht werden

Herr Bossard, Sie haben Ihr Berufsleben an Schulen verbracht. Würden Sie heute wieder Lehrer werden?

Ich war leidenschaftlich gerne Lehrer. Mich fasziniert es, mit Schülerinnen und Schülern unterwegs zu sein, ihren Gedankenkreis zu erweitern und sie so zu verstehenden Menschen auszubilden. Aber ich bin nicht sicher, ob ich diesen wunderbaren Beruf noch einmal ergreifen würde.

Weshalb?

Ebenso prägend wie die Leidenschaft für die Pädagogik war für mich stets die Freiheit, die ich als Lehrer hatte. Mit Freiheit ist Verantwortung verbunden – in diesem Fall die Verantwortung für die Kinder und ihre Lernfortschritte. Verantwortung wahrnehmen braucht Freiheit. Die Leidenschaft für das Pädagogische und damit die humane Energie kommen aus Freiheit, nicht aus lehrmethodischen Direktiven und engen operativen Vorgaben. Heute gibt es so viele Vorschriften zu den Lehrmethoden, dass viel dieser Freiheit verlorengeht. Die Freiheit wird eingeeengt.

Wenn wir die Schule von heute mit jener von früher vergleichen, ist die Vielfalt in Inhalt und Form des Unterrichts jetzt doch viel grösser. Ist der Beruf nicht sogar freier geworden?

Auf den ersten Blick vielleicht. Die Themenvielfalt hat tatsächlich zugenommen. Stil und Form des Unterrichts haben radikal geändert. Doch genau darin liegt auch eines der Probleme: Die Fächerzahl und die Fülle der Aufgaben an den Schulen haben derart stark zugenommen, dass viele Kernaufgaben wie beispielsweise das Einüben eines grundlegenden Zahlenverständnisses zu kurz kommen.

Das heisst, die Stoffmenge ist zu gross?

Ja. Zunahme von Inhalten bedeutet Abnahme des Festigens. Und nicht nur das. Hinzu kommt die heterogenere Zusammensetzung der Schulklassen als Folge der integrativen Schule und der altersdurchmischten Klassen. Wenn der Stoff umfangreicher und der Unterricht komplexer wird, muss zwingend an einem anderen Ort kompensiert werden. Genau das passiert auch: Zu kurz kommen das Üben und das Automatisieren. Verbindlichkeit und Effizienz der Lernprozesse nehmen ab.

Auch die Herausforderungen haben sich geändert. Ist es nicht notwendig, dass die Schule mit der Zeit geht?

Das bestreite ich nicht. Die Schule muss sich anpassen, die Lehrerinnen und Lehrer müssen es



ebenfalls. Mit den Reformen hat man versucht, die Logik der Betriebswirtschaft auf die Schule zu übertragen. Aber eine Klasse ist nun einmal keine Firma. Man wollte die Schule mit Vorgaben von oben und von aussen sowie mit mehr Investitionen in eine gewisse Richtung lenken und effizienter machen. Man hoffte, so bessere Resultate zu erreichen. Das hat nicht funktioniert.

Weshalb nicht?

Mit der Einführung des Lehrplans 21 erfolgte auch eine Änderung in der Denkweise. Statt auf fachliche und inhaltliche Lernziele fokussiert die Schule seither vor allem auf den Output. Das zeigt sich in der Kompetenzsprache. Alles muss messbar und kontrollierbar sein. Das Lernen hat an Bedeutung verloren, und an dessen Stelle ist einseitig das Können getreten. Das hat äusserst dichte und dicke Lehrplanvorgaben zur Folge. Das geht bis zu absurden Formulierungen wie: «Die Schülerinnen und Schüler können nach einer langen Laufbelastung die Geschwindigkeit anpassen.»

Schülerinnen und Schüler wissen heute also weniger als früher?

20 Prozent der Schülerinnen und Schüler können nach dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit einen Zeitungsartikel zwar lesen, verstehen ihn aber nicht – und das im teuersten Bildungssystem der Welt! Zwei bis drei von zwanzig Kindern einer Klasse lesen und schreiben beim Schulabschluss nur unzureichend. Ich selbst habe in meiner Zeit an der Pädagogischen Hochschule Texte von Studierenden erhalten, die Symptome sprachlicher Verwahrlosung aufwiesen. Hier liegt ein Systemversagen vor.

Liegt das an der Schule? Das geschriebene Wort hat unter dem Einfluss von Fernsehen, Internet und vor allem dem Smartphone ganz generell an Bedeutung verloren.

Das Kernproblem liegt beim Verstehen. Text lesen und Sinn verstehen wird für manche zur Schwerstarbeit. Umso mehr müsste die Schule Gegensteuer geben, nicht zuletzt im Interesse von Kindern aus Kreisen, die aus sozial eher schwächeren Familien kommen und es schwerer haben. Und hier liegt meines Erachtens eines der grössten Probleme: Die Schulreformen haben die Chancengleichheit kaum verbessert.

Weshalb trifft es vor allem eher schwächere Schülerinnen und Schüler?

Sie leiden am stärksten darunter, wenn den Lehrpersonen Zeit und die Möglichkeit fürs Üben und Anwenden fehlen. Ausserdem setzt der Lehrplan stark auf selbständiges Lernen. Das überfordert viele und bevorteilt die ohnehin schon lernstarken Kinder.

Ist das ein Plädoyer für den Frontalunterricht nach alter Schule?

Nein! Es ist ein Plädoyer für einen geführten und strukturierten Unterricht – schülerzentriert, aber lehrergesteuert. Gerade sozial benachteiligte Kinder sind darauf angewiesen. Oder wie es der kürzlich verstorbene linksliberale Pädagoge Hermann Giesecke formulierte: «Nahezu alles, was die moderne Schulpädagogik für fortschrittlich hält, benachteiligt die Kinder aus bildungsfernem Milieu.»

Schon immer klagten Eltern, Hochschulen und Lehrmeister darüber, dass die Schule früher besser gewesen sei. Ist das heute nicht einfach auch so?

Sicher kommt es in der Bildungsdebatte auch zur Verklärung der Vergangenheit. Das wissen wir aus der Forschung. Aber es wäre falsch, die Probleme mit diesem Argument kleinzureden. Die internationalen Vergleichsstudien zeigen, dass die Schweiz vor allem bei der Lese- und Rechenkompetenz zurückgefallen ist. Im Übrigen benötigen 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler heute Nachhilfeunterricht. Und dies, obwohl wir heute zweieinhalb Mal so viel ins Bildungssystem investieren wie 1996, nämlich über 40 Milliarden Franken.

Sehen Sie auch Dinge, die sich verbessert haben?

Die Schule ist vielfältiger, bunter und fröhlicher geworden. Die Zeiten, als die Schule nur autoritär auftrat und deshalb stark mit Angst verbunden war, sind vorbei. Die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler stehen heute stärker im Vordergrund. Das ist ein grosser Fortschritt.

Viele Lehrerinnen und Lehrer sehen das nicht so positiv. Sie sagen, das integrative Modell überfordere die Schule.

Auch ich frage mich, ob die Integration von Schülern mit völlig unterschiedlichen Fähigkeiten und Leistungen tatsächlich der richtige Weg ist. Wir haben zwar zusätzliches, qualifiziertes Personal



wie etwa Lehrerinnen für integrative Förderung im Klassenzimmer. Das hat aber Folgen. Einerseits unterrichten bereits bei den Erstklässlern mehrere Lehrerinnen. Andererseits verkompliziert das die Organisation und absorbiert bei den Klassenverantwortlichen viel Energie und Zeit. Sie fehlen im Kernbereich Unterricht.

Aber Integration ist doch im Interesse der Betroffenen.

Sie ist nicht im Interesse aller Schülerinnen und Schüler. Das sagen viele erfahrene Lehrerinnen und Lehrer. Wer schulische Defizite hat, bekommt dies Tag für Tag vor den Augen seiner Mitschüler vorgeführt, die diese Schwächen nicht haben. Das ist kontraproduktiv und deprimierend. Wir wissen längst, dass sich ein Teil der betroffenen Schüler in Klassen mit besonderer Förderung, also in Kleinklassen, wohler fühlt. Auf diese Weise können sie besser und gezielter unterstützt werden.

Neben dem integrativen Unterricht geraten auch die Fremdsprachen auf der Primarstufe zunehmend in die Kritik.

Momentan werden die Schülerinnen und Schüler mit der ersten Fremdsprache konfrontiert, bevor sie richtig lesen und schreiben können. Vor allem für schwächere und fremdsprachige Schüler ist diese Situation enorm belastend. Zudem sind die Lernresultate ernüchternd. Die logische Konsequenz wäre, mindestens eine der frühen Fremdsprachen wegzulassen, um mehr Zeit für die Basics zu erhalten. In der Primarschule muss man sich wieder stärker auf die Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrieren.

Denken Sie, dass es noch möglich ist, diese und andere Reformen rückgängig zu machen?

Ich bin von Natur aus ein Optimist. Aber wenn ich die vergangenen Jahre betrachte, glaube ich nicht, dass Bildungspolitiker zugeben können, dass sie sich verrannt haben. Auf ein Wort der Selbstkritik wartet man wohl vergeblich. Es wird immer wieder behauptet, die Schweiz habe ein ausgezeichnetes Bildungswesen mit einem ausgeklügelten Fördersystem. Doch wenn ich die Resultate sehe, dann kommen mir Zweifel, ob dem tatsächlich so ist.

Woran machen Sie das fest?

Eine Google-Recherche zu den Stichworten «Nachhilfe, Gymivorbereitung, Zürich» ergibt eine lange Liste von Angeboten – vom Schwarz- und vom Graumarkt für Zusatzlektionen nicht zu reden. Die Nachfrage muss gross sein, sonst gäbe es diesen Markt nicht. Viele Kinder weisen also am Ende der Primarschule Defizite auf. Eltern wollen das kompensieren. Gleichzeitig steigt die Zahl von Homeschoolern, von Kindern, die zu Hause unterrichtet werden. Sie hat sich in allen Kantonen vervielfacht, allerdings noch auf niedrigem Niveau. Das sind fatale Alarmzeichen für die Volksschule.

Doch die Maturitätsquote nimmt zu, und immer mehr Jugendliche absolvieren eine Ausbildung an einer Universität oder an einer Fachhochschule. Ist das nicht ein Erfolgsausweis für die moderne Schule?

Höhere Quoten gehen oft mit sinkenden Ansprüchen einher. Der Zusammenhang von «upgrading access and downgrading skills» ist bildungsgeschichtlich nichts Neues: Qualität und Quote korrelieren umgekehrt. Aus deutschen Schulen ist bekannt, dass die Noten besser geworden sind. Allerdings nur deshalb, weil die Ansprüche nach unten nivelliert wurden.

Gerade beim Übertritt ins Gymnasium machen die Eltern oft Druck. Wie hat sich die Rolle der Eltern im Schulsystem in den vergangenen Jahren geändert?

Meine Eltern waren, so habe ich es zumindest in Erinnerung, an keinem Elternabend. Sie haben den Lehrern vertraut. Dies hat sich mit der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft geändert. Nach wie vor unterstützen die meisten Mütter und Väter die Lehrpersonen. Doch es gibt leider immer mehr Eltern, die die Schule als niedere Serviceleistung des Staates betrachten. Diese Institution hat in ihren Augen die Aufgabe, ihr Kind fit zu trimmen für eine Gesellschaft im globalisierten Konkurrenzkampf. Wenn diese Eltern negative Rückmeldungen seitens der Lehrer nicht akzeptieren und gleich mit dem Anwalt drohen, erschwert das die pädagogische Arbeit.

Der schwierige Umgang mit Eltern ist nur ein Grund, warum der Lehrermangel immer gravierender wird. Wo liegen weitere Ursachen?

Ich weiss aus vielen Gesprächen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer heute kaum mehr eine volle



Stelle zutrauen. Der Beruf ist herausfordernder und aufreibender geworden. Es wird immer schwieriger, Klassenlehrer zu finden, die die ganze Verantwortung übernehmen und die komplizierte Koordination bewältigen wollen. Ich habe als Rektor meinen Klassenlehrern Sorge getragen. Sie waren für mich die wichtigsten Bausteine einer guten Schule.

Trotz all diesen Defiziten gehen viele Schülerinnen und Schüler immer noch gerne zur Schule und bringen gute Leistungen. Woran liegt das?

Es liegt an den engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die sich mit Leib und Seele um einen guten Unterricht bemühen. Die sich jeden Tag fragen, was pädagogisch wichtig und richtig ist. Viele Lehrpersonen arbeiten in diesem immer komplexer gewordenen System mit einer kreativen Dissidenz der Unterlassung. Sie akzeptieren nicht einfach alle Vorgaben von oben. In den Schulen passiert täglich viel Gutes, und das stimmt mich trotz allem optimistisch.

Mit Leib und Seele Pädagoge

ase./dgy. · Carl Bossard ist diplomierter Sekundar- und Gymnasiallehrer. Während seiner beruflichen Laufbahn war er unter anderem Rektor der kantonalen Mittelschule Nidwalden sowie Direktor der Kantonsschule Alpenquai in Luzern. Als Gründungsrektor zeichnete er verantwortlich für den Aufbau der Pädagogischen Hochschule Zug. Auch nach seiner Pensionierung beschäftigt er sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen. Heute begleitet der 73-Jährige Schulen in pädagogischen und Schulentwicklungsfragen. Ausserdem leitet er Weiterbildungskurse.

Das Üben kommt in der Schule oft zu kurz

Der Bund, 17.11.2022, Bern, Naomi Jones

Fehlende Hausaufgaben • Eltern klagen über Wissenslücken ihrer Kinder. Die Umsetzung des Lehrplans 21 wird durch grosse heterogene Klassen erschwert.

Beim letzten Termin empfahl der Kinderarzt einer Mutter einen privaten Lerncoach. Ihr Kind hat in den ersten vier Schuljahren nicht gelernt, zu lernen, wie die Mutter aus der Stadt Bern erzählt. Dies nicht etwa weil es eine schwerwiegende Lernstörung hätte, sondern weil in der Grundschule das Einmaleins und die korrekte Rechtschreibung nicht richtig vermittelt worden seien.

Die Mutter macht dafür den Lehrplan 21 verantwortlich. Ihre beiden drei und fünf Jahre älteren Kinder hätten in der Grundschule viel mehr geübt. «Sie hatten schon ab der dritten Klasse Noten und waren es in der fünften gewohnt, zu lernen», erzählt sie. Der Lehrplan 21 wurde 2018 im Kanton Bern eingeführt.

Etliche Eltern berichten von ähnlichen Erlebnissen. «Mein Kind durfte nach Gehör schreiben und brachte bis zur fünften Klasse nie einen korrigierten Text heim», sagt eine andere Mutter. Und eine dritte bestätigt: «Die Kinder dürfen ewig irgendwie schreiben, doch plötzlich sollten sie es beherrschen.» Ja sogar die Kinder beklagen sich, dass sie zu wenig lernen, etwa im Interview zum Thema Frühfranzösisch.

Romeo Pfammatter ist Lerncoach in Bern-West. Er beobachtet, dass vermehrt jüngere Kinder zu ihm kommen, die grosse Lücken in den Grundfertigkeiten, wie etwa dem Einmaleins oder flüssigen Lesen, haben. Der Lehrplan 21 setze den Fokus vermehrt aufs Anwenden statt wie früher auf das Automatisieren, wobei eben beides wichtig sei, erklärt er. Seinen Schülern und Schülerinnen vermittele er deshalb Lernstrategien, um die Lücken zu schliessen.

Zu viele Themen, zu heterogene Klassen

Der Bildungsexperte Carl Bossard sieht zumindest einen Teil der Ursache im Lehrplan 21 begründet. Er war selbst als Lehrer und Rektor auf verschiedenen Stufen bis zur Hochschule tätig



und steht als Kursleiter im regen Austausch mit Lehrpersonen. «Im Lehrplan 21 sind Inhalte und Ziele ausgebaut worden, aber für das Üben fehlt vielfach die Zeit», sagt er.

«Mein Kind durfte nach Gehör schreiben und brachte bis zur fünften Klasse nie einen korrigierten Text heim.»

Mutter eines Fünftklässlers

Der Lehrplan räume zwar Zeit zum Üben ein. Angesichts der Fächerfülle und Themenvielfalt sowie der grossen Heterogenität in den Klassen sei das Üben in der Praxis oft nicht möglich. «Wenn ein oder zwei Störenfriede den Unterricht dominieren, kann die Lehrperson nur erschwert sinnvolle Übungssequenzen einbauen und das Gelernte vertiefen», sagt Bossard. Dieser Widerspruch von inhaltlichen Vorgaben und Schulalltag verhindere den systematischen Aufbau von Wissen und Können. Deshalb seien nicht nur viele Eltern und Kinder frustriert, sondern auch manche Lehrpersonen.

Früher mussten die Kinder oft Nachmittage lang die Zahlenreihen oder Diktate üben und regelmässig Prüfungen schreiben. Der Lehrplan 21 lässt es der Lehrperson weitgehend offen, wie sie Wissen abfragt, ob sie Noten gibt und Hausaufgaben erteilt.

Spätzünder profitieren von späteren Noten

Das System begrenzt aber die Zeit, die ein Kind dafür aufwenden sollte. Das schulische Lernen soll im Unterricht stattfinden, das Üben und Vertiefen vor einem Test grundsätzlich auch. Weil die Kinder nach dem Lehrplan 21 mehr Zeit in der Schule verbringen als früher, sollen sie in ihrer Freizeit weniger für die Schule tun müssen.

Der neue Lehrplan beurteile die Leistung der Kinder nicht nur fach-, sondern auch stark förderorientiert, erklärt der Erziehungswissenschaftler Tomas Bascio. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an den Pädagogischen Hochschulen von Bern und Zürich. Deshalb würden Noten erst später als früher vergeben, und die damit verbundenen Tests würden wegfallen.

Er stehe dem Lehrplan 21 wegen dessen Kompetenzorientierung zwar teilweise kritisch gegenüber, erlebe den Umgang damit aber in der Regel als vernünftig und pragmatisch, sagt Bascio. So etwa in Bezug auf die Noten oder Hausaufgaben.

Grundsätzlich könne er dem jetzigen System viel Positives abgewinnen. Das Spielerische sei wichtig für die kognitive Entwicklung der Kinder. Gerade in der Grundschule seien die Kinder einer Jahrgangsklasse oft sehr unterschiedlich weit entwickelt. «Aber man muss reif genug sein, um überhaupt lesen lernen zu können», erklärt er.

Pauken und Noten könnten die weniger reifen Kinder frustrieren. Bis zur fünften Klasse gleiche sich der Entwicklungsstand der Kinder etwas aus. Auch Bascio findet es aber wichtig, dass die Kinder den Stoff in der Schule üben und vertiefen können.

In den Schulen von Muri werden im Rahmen des Zulässigen von der ersten Klasse an Hausaufgaben erteilt, wie im Konzept auf der Website steht. Und zwar gerade für das Üben und Vertiefen des Stoffs. Auch auf die korrekte Schreibweise werde von Anfang an geachtet, erklärt der Schulleiter Rolf Rickenbach.

Der Altersstufe angepasste Diktate würden ebenfalls noch gemacht, und die Kinder müssten ab und zu einen Text abschreiben. «Ohne geht es nicht», ist Rickenbach überzeugt. Und auch mit Tests oder ähnlichen Formen von Lernkontrollen müssen sich die Muriger Kinder schon früh herumschlagen. «Prüfungen sind ein Spiegel des Könnens», sagt Rickenbach.

«Wenn Störenfriede den Unterricht dominieren, kann die Lehrperson nur schwer das Gelernte vertiefen.»

Carl Bossard, Bildungsexperte

Der Berner Schulleiter Daniel Hofmann sieht das anders: «Der Lehrplan 21 ist nicht verhandelbar.» Das Lernen – auch das Üben – solle in der Schule stattfinden. Gegenüber dem Lehrplan 95 sei der neue ein «Paradigmenwechsel», sagt er. Er flexibilisiere den Unterricht und orientiere sich am



individuellen Lernen des Kindes. Das sei sogar in grossen heterogenen Klassen möglich, wenn nicht «optimale», sondern lediglich «angemessene» Förderung der Kinder erwartet werde.

Möglichst vielen Zugang zum Lernen bieten

Das Ziel sei nämlich nicht, dass jedes Kind optimal gebildet werde – das sei ohnehin nicht erfüllbar –, sondern dass, gemessen an ihren Möglichkeiten, möglichst viele Kinder Zugang zum Lernen erhielten. Deshalb findet Hofmann den neuen Lehrplan besser als den alten.

Wenn von Kindern in der fünften Klasse mehr erwartet werde, als nach dem neuen Lehrplan vermittelt worden sei, sei das vor allem ein Problem der «Nahtstellen», sagt Hofmann. Es sei wichtig, dass sich Lehrpersonen untereinander und mit den Eltern austauschen. Für Hofmann ist es aber wenig erstaunlich, dass nicht alles rund läuft. «Der Lehrplan ist noch jung», sagt er.

Entsprechend gibt es noch keine offizielle Evaluation zur Umsetzung des Lehrplans 21. Sie soll aber nächsten Frühling in interkantonalen Tests überprüft werden. Zudem will der Kanton Bern Lehrpersonen Fragebogen zum Lehrplan 21 ausfüllen lassen, um daraus einen allfälligen Handlungsbedarf abzuleiten.

Der Grosse Rat wünscht sich wieder «Kleinklassen»

Der Bund, 29.11.2022

Erschwerte Integration: Eine Mehrheit im Grossen Rat ist der Meinung, dass die Integration aller Kinder in Regelklassen vielerorts an ihre Grenzen stösse.

Die bernischen Gemeinden sollen vermehrt wieder «Kleinklassen» eröffnen können, wenn die integrative Schule an ihre Grenzen stösst. Das wünscht sich der Grosse Rat.

Mit 93 zu 49 Stimmen überwies er am Dienstag eine Richtlinienmotion von Hans-Peter Kohler (FDP/Spiegel bei Bern). Der Regierungsrat soll demnach die (Wieder-)Eröffnung von Klassen zur besonderen Förderung aktiv unterstützen. Auch soll er «den Dialog über die Grenzen der integrativen Schulbildung federführend aufnehmen».

Die Integration möglichst aller Kinder in Regelklassen führe vielerorts zu Problemen, sagte Kohler im Rat. Wenn einzelne Kinder den Unterricht störten und viel Aufmerksamkeit benötigten, werde das Niveau nach unten angepasst.

Die Lehrpersonen könnten sich aufgrund des hohen administrativen und koordinativen Aufwands kaum mehr auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren. Die Attraktivität des Berufs nehme ab, und dies in Zeiten des Lehrermangels, machten auch Sprecherinnen und Sprecher anderer Fraktionen geltend.

Rahmenbedingungen verbessern

Widerspruch kam von SP und Grünen. Man könne den Lehrkräftemangel nicht stoppen, indem man neue Klassen eröffne, sagte etwa Bruno Vanoni (Grüne/Zollikofen). Das Gegenteil werde der Fall sein, es brauche ja dann zusätzliche Lehrpersonen. Besser wäre es, die Rahmenbedingungen zu verbessern und die Lehrkräfte zu entlasten.

Ein entsprechender, allgemein formulierter Punkt der Motion wurde mit überwältigendem Mehr überwiesen. Der Regierungsrat soll zusammen mit den Gemeinden dafür sorgen, «dass sich Lehrpersonen wieder vermehrt auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können».

Schon heute möglich

Bildungsdirektorin Christine Häsler (Grüne) hatte nichts gegen die Hauptforderung der Motion einzuwenden. Die Regierung teile die Ansicht, dass Schülerinnen und Schüler gemäss ihren Begabungen und Leistungsfähigkeiten individuell geschult werden sollten.



Die Gemeinden würden schon heute unterstützt, wenn sie Klassen zur besonderen Förderung eröffnen wollten. Verschiedene Gemeinden hätten dies bereits umgesetzt. Der Regierungsrat sei aber nicht überzeugt, dass es sich dabei um eine effektive Massnahme gegen den Lehrpersonenmangel handle – zumal diese Klassen in der Regel maximal zwölf Schulkinder umfassten. *SDA/law*

Die Lehrerin, die kein Frühfranzösisch will

Tages-Anzeiger, 24.11.2022, Debatte, Kopf des Tages, Jean-Martin Büttner

Anita Biedert • Die Baselbieter SVP-Landrätin findet, die Primarschüler seien mit dem Französisch-Unterricht überfordert.

Sie redet gegen vieles, das merkt man beim Durchlesen der Presseartikel über sie. Als man sie fragt, ob sie denn gegen alles sei, lacht sie und sagt: «Nein, ich bin für so vieles.» Als Politikerin versuche sie, «den Puls der Menschen zu spüren», sie sehe sich als «Überbringerin von Ideen, die aus der Bevölkerung kommen». Und von Lehrerkolleginnen und -kollegen höre sie seit längerem, was eine Umfrage seitens der Gruppierung «Starke Schule beider Basel» bestätigt habe: dass Primarschüler und -schülerinnen grosse Mühe mit dem Französisch hätten. Darum fordert sie in einer Motion die Abschaffung des Frühfranzösisch auf Primarstufe.

Die 69-jährige Primar- und Sekundarlehrerin spricht selber sowohl Französisch als auch etwas Italienisch und natürlich Englisch. Ausserdem arbeite sie in einer trinationalen Kommission mit, die den Austausch von Schülerinnen und Schülern mit dem französischen Nachbarland fördere. Denn in der Schweiz gebe es zu wenig Lehrer, mit denen man einen immersiven Unterricht abhalten könne.

Immersion bedeutet, dass in allen Fächern abwechselnd auf Deutsch und Französisch unterrichtet wird. Die Baselbieter SVP-Landrätin Anita Biedert findet, die Primarschüler seien mit dem Französisch-Unterricht überfordert. Vor allem jene, die eine andere Muttersprache sprächen, hätten schon mit dem Deutschen Mühe.

Wie gut Immersion funktioniert, machen die skandinavischen Länder und die Niederlande vor: Weil sich die Synchronisationen im Kino und am Fernsehen für die relativ kleinen Länder nicht lohnen, zeigen diese die Filme im englischen Original mit Untertiteln. Das ist der Grund, warum die Leute aus diesen Ländern fast akzentfrei Englisch sprechen: Sie haben auf unterhaltende Weise eine Sprache geschenkt bekommen.

Biederts wichtigstes Argument gegen das Frühfranzösisch hat paradoxerweise mit dem Deutschen zu tun: Viele Lehrmeister in KMU klagten über die mangelnden Deutschkenntnisse ihrer Lehrlinge. Das sei der Grund dafür, dass sie am Ende der Volksschule einen Deutschttest zu bestehen hätten.

Diese Entwicklung hat auch damit zu tun, dass manche Kinder eine andere Muttersprache haben. Und Deutsch erst in der Schule lernen können, wenn ihre Eltern kein oder ungenügend Deutsch sprechen. Diese Kinder, sagt Biedert, müssten erst Deutsch und später Englisch lernen. Schon deshalb seien die meisten mit dem Französischen überfordert.

Das alles lässt Christoph Eymann nicht gelten, der ehemalige Bildungsminister von Basel-Stadt. Gerade weil manche Secondos Mühe mit Deutsch hätten, was ja auch mit dem Dialekt zu tun habe, sei in seiner Stadt, in der 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler kein Deutsch sprächen, ein halbjähriger Deutschkurs für diese Kinder eingeführt worden. Und das, noch bevor sie in den Kindergarten kämen. «Ausserdem muss ich mich fragen, ob denn Buben und Mädchen mit 14 Jahren, also schon voll in der trotzigen Pubertät, für das Französische mehr motiviert sind als mit 10.»

Dass das Lernen einer neuen Sprache selbst noch im Kindergarten funktioniert, hat der Autor selber erlebt, wenn auch umgekehrt: Ich sprach nur Französisch, als ich in den Kindergarten kam. Und lernte trotzdem problemlos Deutsch.



«Der Unterricht ist völlig absurd»

Tages-Anzeiger, 29.11.2022, Debatte, Leserbriefe

Anita Biedert • Die Lehrerin, die kein Frühfranzösisch will, TA vom 24.11.

Sinnlose Lektionen

Frau Biedert hat recht mit ihrer Motion. Der Frühfranzösisch-Unterricht an der Primarschule ist völlig absurd. Die Erkenntnis, dass die meisten Kinder damit überfordert sind und Ende 6. Klasse jeweils praktisch nichts herausgeschaut hat, zählt mittlerweile zum Allgemeingut, aber trotzdem unternahm bis anhin niemand etwas. Die, die damals für die Einführung verantwortlich waren, klammern sich aus Prestige Gründen an den Status quo, und die Politiker haben andere Sorgen. So werden halt tagtäglich viele Lektionen sinnlos abgehalten, die eben gerade für Deutsch oder anderes viel dringender gebraucht würden. Lustig, nicht wahr?

Vera Diaz, Zürich

Die Zeit besser nutzen

In den 70er-Jahren fand die Theorie des «Kritischen Zeitpunktes für Spracherwerb» (E. Lenneberg., B. McLaughlin) grosse Beachtung. Sie besagt, dass Kinder wegen der noch grösseren Plastizität ihres Gehirns Sprachen akzentlos und leicht erlernen. Pädagogen propagierten das vermeintlich leichte Lernen einer Fremdsprache vor der Pubertät und führten das Frühfranzösisch in der Primarschule ein. Die Kinder sollten spielerisch Zugang zur Sprache finden. Das war ein Denkfehler, denn ein zentraler Punkt wurde ignoriert: Die entsprechenden Studien wurden in den USA fast ausschliesslich bei Kindern mexikanischer und skandinavischer Immigranten durchgeführt. Dort lernten Kinder in der fremdsprachigen Umgebung zwar die Sprache leichter als Erwachsene - aber eben nur in einer «Immersion», in einem Sprachbad. So, wie Autor Büttner es erlebt hat. Im Frühfranzösisch-Unterricht ist das anders: Gelernt wird in Schullektionen ohne Anwendung im Alltag. So müssen die Kinder die Sprache analytisch lernen, genau wie Erwachsene. Diese kognitiven Kompetenzen entwickeln sich aber erst im Laufe der Erwachsenwerdens. Deshalb ist es auch sinnvoll, Fremdsprachen in der Schule erst in der Oberstufe einzuführen. Auswertungen der Französischkompetenz haben schon länger gezeigt, dass Kinder, die erst in der Oberstufe Französisch haben, in nur 3 Monaten die gleichen Kenntnisse hatten wie die Kinder mit Frühfranzösisch in der Primarschule. Diese Zeit wäre besser genutzt durch mehr Investition in Deutsch.

Yvonne Schaller, Kilchberg

Stichhaltige Argumente

Frühfranzösisch überfordert eine Vielzahl von Schulkindern und stellt insbesondere für jene, deren Deutschkenntnisse massiv zu fördern sind, unnötigen Ballast dar, den es abzuwerfen gilt. Diese Absicht begründet die Volksschullehrerin Anita Biedert völlig zu Recht, und ihre Argumente sind stichhaltig. Dass Lehrmeister bei ihren Auszubildenden zunehmend mangelnde Kenntnisse unserer Erstsprache feststellen, ist besorgniserregend. Eine Entwicklung, die nicht länger hingenommen werden darf, aber leider absolut der Realität entspricht. Dagegen ist die Behauptung des ehemaligen Baselstädter Bildungsvorstehers Christoph Eymann, Jugendliche im Alter von 14 Jahren hätten mit dem Fach Französisch pubertätsbedingt eher Mühe als zehnjährige Schüler, schon eher zu relativieren.

Max Knöpfel, Pfäffikon ZH



«Mehr Lohn für Kindergärtnerinnen»

NZZ, 25.11.2022, Meinung & Debatte, Leserbrief

Genau diese Sonderregelung bei der Kindergärtnerinnenausbildung fand ich stets gut (NZZ 15. 11. 22). Deshalb kann ich nicht begreifen, was der Zürcher Kantonsrat beschloss. Mit einer Verschärfung der Zulassungsbedingungen wird dem Lehrer- oder Kindergärtnerinnenmangel nicht abgeholfen, ganz im Gegenteil.

Man sollte einen niederschwelligeren Zugang einführen, um jenen durchaus fähigen Leuten, die nicht in allen Maturafächern glänzen, auch eine Chance zu geben. Man hat ja schon mit der heutigen Regelung allergrösste Mühe, genügend Personal zu finden, und erst recht ist dies mit erhöhten Anforderungen der Fall.

Bruno Pfister, Galgenen
